

Die Geschichte der Protestkultur in Bielefeld hat einiges zu bieten. Was die Bielefelder auf die Straße brachte, hat Bernd J. Wagner recherchiert

»Bürger, lasst das Glotzen sein, kommt herunter, reißt Euch ein!« Ja, die »68er« hatten es gut. Sie hatten die griffigen Slogans, ihr Protest war stets eine Provokation, und man spricht auch noch ein halbes Jahrhundert später mit einer gewissen Hochachtung über sie. Und die »68er« gehen einem bis heute mitunter gewaltig auf den Nerv. Denn sie ließen in den Jahrzehnten, die ihnen folgten, kaum ein grünes Haar an den Protesten ihrer Nachfolger. Bis hin zu der fundamentalen Kritik, dass die jüngere Generation unpolitisch sei.

Die Protestkultur ist in aller Munde. Kaum ein Feuilleton hat sich nicht mit ihr befasst, hat es dabei nicht versäumt, pauschale Urteile zu fällen. Wie zum Beispiel das über »die Wutbürger«. Damit werden Menschen bezeichnet, die ihr 50. oder gar 60. Lebensjahr überschritten haben und dennoch auf die Straße gehen. Wie zum Beispiel mit gutem Recht in Stuttgart gegen »21«. Gegen diese ergrauten »Wutbürger« ging die Polizei im wahrsten Sinne des Wortes verletzend vor. Wie '68. Also was soll das Gerede von einer veränderten Protestkultur?

»Fort mit der Nazi-Justiz«

Vielleicht hilft ein Blick zurück in die Geschichte Bielefelder Proteste: Am 1. Februar 1950 demonstrierten nach einem Aufruf des DGB 40.000 Menschen gegen ein Urteil des Bielefelder Schwurgerichts. Dieses hatte zwei Tage zuvor den früheren Gestapobeamten Karl Kaufmann zu einer anderthalbjährigen Zuchthausstrafe verurteilt. Kaufmann hatte bei Verhören Aussagen durch Misshandlungen erpresst und war mitverantwortlich, dass Bielefelder Arbeiter zu Zuchthausstrafen und zwölf Widerstandskämpfer zum Tode verurteilt worden waren. Weil ihm die Internierungshaft angerechnet wurde, konnte er als freier Mann das Gericht verlassen. Während der Demonstration ruhte in allen Bielefelder Betrieben die Arbeit. Auf Transparenten war »Fort mit der Nazi-Justiz« und »Wir fordern gerechte Urteile« zu lesen.

Als drei Monate später Ernst Nagel, ein Journalist der kommunistischen Zeitung »Volksecho«, vom Landgericht wegen Beleidigung der Justiz zu einer fünfmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt wurde, weil er in einem Artikel von einem »Schandurteil« sprach, blieben hörbare Protesten aus. Auch als im September 1950 der ehemalige Gauleiter von Köln-Aachen, Josef Grohé, das Bielefelder Gericht als freier Mann verlassen konnte, weil ihm die Untersuchungs- und Internierungshaft angerechnet wurden.

Diese frühen Beispiele zeigen, dass Empörung und persönliche Betroffenheit nicht ausreichen, um die Massen zu mobilisieren. Es waren auch die hervorragenden Organisationsstrukturen der Gewerkschaften, die die Menschen auf die Straße brachten. Die Gewerkschaften wollten aber das machtvolle



Der »Kinderkessel« vor dem Siegfriedplatz 1998.

Instrument des öffentlichen Protestes nicht zu häufig einsetzen. Um dessen Wirksamkeit nicht zu gefährden oder aus politischem Kalkül, sei dahingestellt.

Gegen die Wiederaufrüstung demonstrierten im Februar 1955 10.000 Menschen vor dem Rathaus. Hauptredner war der damals prominente SPD-Politiker Carlo Schmid. Während diese Protestveranstaltung von der Bielefelder SPD organisiert wurde, überraschten am 26. März 1958 2.500 Betriebsangehörige der Ankerwerke. Sie hatten mittags ihre Arbeit niedergelegt und protestierten gegen Atomrüstung. Vorausgegangen war die Entscheidung der Bundesregierung für die atomare Ausrüstung der Bundeswehr im Rahmen der NATO. Dieser »spontane Protest« ging wohl auf das Konto der gewerkschaftlichen Vertrauensleute.

In den 1950er Jahren wurden aber auch andere spontane Protestformen bekannt, auf die die Öffentlichkeit mit Unverständnis und Ablehnung, die Justiz aber mit ganzer Härte reagierte. Als im Januar 1957 auch in Bielefeld der Rock'n'Roll Film »Außer Rand und Band« unter anderem mit Bill Haley zu sehen war, zogen nach einem Kinobesuch mehrere hundert Jugendliche durch die Innenstadt, skandierten Parolen, schmissen Mülleimer um und warfen Schaufensterscheiben ein. Frustration sei ein Motiv gewesen, hieß es später. Mehrere Jugendliche wurden wegen Landfriedensbruch verurteilt.

»Kein Blut für Öl«

Seit der Gründung der Bundesrepublik gehörten soziale Proteste auch zur Geschichte Bielefelds. Wie zum Beispiel 1968, als BürgerInnen gegen die Namensgebung der Kunsthalle nach einem Nazi oder gegen das blutige Ende des Prager Frühlings demonstrierten. Man denke auch an die Ostermärsche und die Friedensbewegung, die in die 1980er Massen mobilisierte, an Proteste gegen das AKW in Grohnde, die Sanierung des Bielefelder Westens, den Ostwestfalendam

und die A 33 oder das Nazi-Zentrum an der Bleichstraße. Manchmal waren es einige hundert, mitunter auch einige tausend Menschen, die ihre Meinung lautstark verkündeten. Am Abend des 12. Januar 1991 zogen 15.000 Menschen durch die Stadt unter dem Motto »Kein Blut für Öl« gegen den Einmarsch amerikanischer Truppen in den Irak. Im Januar dieses Jahres folgten mehr als Zehntausend dem Aufruf eines breiten Bündnisses gegen Pegida, die vor allem in Dresden mit ihren dumpfen Parolen Massen mobilisierte.

Im Juli dieses Jahres drohte Pegida nun mit einer Kundgebung in Bielefeld. Wiederum organisierte ein breites Bündnis aus Vereinen, Verbänden und Parteien den Protest mit gleich vier Gegenkundgebungen. Über Facebook kündigten mehrere Tausend an, sich daran zu beteiligen. Ob es wirklich die Angst der Pegidaisten vor Gewalt der Gegendemonstranten war oder ihre eigenen organisatorischen Mängel, die zur Absage führten, sei dahingestellt. Der Protest gegen Pegida mit mehr als tausend Menschen fand dennoch statt. Mit Trommeln der »Lesbenitas« und Songs der demoerfahrenen »Se Bethels« protestierte das »bunte Bielefeld« gegen das menschenverachtende Menschenbild.

Zeitgleich demonstrierten Kurden gegen den entsetzlichen Selbstmordanschlag des »Islamischen Staates« (IS) auf ein Jugendcamp im türkischen Suruc. Für nicht wenige war dieser Protest »politischer«. Oberbürgermeister Pit Clausen erhielt viel Beifall, als er sich an die Demonstranten wandte und seine Trauer über den Anschlag bekundete, aber auch darum bat, beide Demonstrationen, gegen Pegida und gegen den »IS«, zu respektieren. Viele schüttelten ihm die Hand, machten ein Selfie mit dem OB. Auch das gehört zur heutigen Protestkultur. Auf dieser Demo wehte ein Hauch von '68«. Lautstark wurde »Hoch die internationale Solidarität« skandiert und vieles andere mehr. Die vielen in kurdischer Sprache gehaltenen Reden zeigten aber auch Grenzen auf, den Protest in sei-

ner Komplexität zu verstehen. Und ein weiterer Protest ereignete sich in der gleichen Woche. Achtzig Menschen folgten einem Aufruf des Aktionskreises Asyl und zogen vor das Amtsgericht - gegen die Abschiebung einer 18-jährigen Frau aus Albanien. Sie erzielten einen Teilerfolg: Die Abschiebung wurde vorerst ausgesetzt.

Ist also gar nichts dran an dem Befund, dass sich die Protestkultur verändert habe? Im Vergleich zu den 60er Jahren leben wir heute in einer Gesellschaft, in der fast alle Mitglieder vom Kindergarten bis zum Seniorenheim protestierfähig sind. Es ist heute selbstverständlicher als noch in den 50er und 60er Jahren, öffentlich zu protestieren. Man braucht auch nicht immer die Organisationskraft von Vereinen, Verbänden und Parteien, die sozialen Netzwerke scheinen heute wesentlich effektiver zu sein.

Es ist aber gleichsam schwieriger geworden. Weil die schlechten Nachrichten, gegen die es sich zu protestieren lohnt, in der digitalen Welt im Sekundentakt kommen. Und auch das ist eine Binsenweisheit: Die Probleme in einer immer komplexer werdenden Welt nehmen zu. Vermeintliche Lösungen generieren oft eine Flut neuer Probleme, die einem den Atem zum Protestieren rauben. So wird für die einen zu viel, für andere noch viel zu wenig protestiert. Und wer da glaubt, heutige Protestformen seien ritualisiert und viel zu harmlos, der denke nur an die eingangs erwähnten Verletzungen im Zusammenhang der Stuttgart-21-Proteste oder an die für viele Teilnehmende traumatischen Erfahrungen beim sogenannten Kinderkessel im April 1998 im Bielefelder Westen bei einem Reclaim-the-Street-Protest der A 33-GegnerInnen.

» Info »

Bernd J. Wagner ist Historiker des Stadtarchivs.

Anzeigen

Stimmen
Reparatur
Begutachtung

Erwin Klumpf
Klavierbaumeister

Telefon 0521.178126
www.erwin-klumpf.de

Holz-Bau-Elemente
Innenausbau
Dachgeschossausbau
Wärmedämmung
Trockenbau
Parkett- & Dielenböden
Reparaturarbeiten

Jörn Kleinemas
Zimmermann

Tel: 0521/3840543
Mobil: 0171/1901757
Fax: 0521/3840790

www.holz-bau-elemente.de
info@holz-bau-elemente.de
Weststr. 39 · 33615 Bielefeld

Singen Sie gerne?
Gesangsunterricht von Pop bis Klassik

Frank Bothe, Gesangslehrer
Rufen Sie an: 0521 22639
Nordstraße 17, 33613 Bielefeld
www.frank-bothe.de